

2009-06-11

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 22.04.2009

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 42**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Glathe, Otto
Mau, Hans-Joachim

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Sanftenberg, Angela

Fraktion der SPD

Laue, Harald

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Grabner, Isolde

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung des Gremiums und dessen Beschlussfähigkeit fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.03.2009

Die Genehmigung der Niederschrift der vorangegangenen Sitzung des Stadtrates wurde mehrheitlich (bei 4 Enthaltungen) erteilt.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Zu Beginn seines Berichtes erinnerte Herr Oberbürgermeister Koschig an den 150. Geburtstag von Friedrich Lutzmann am 5. April, welcher mit einer Automobilschau einschließlich eines Lutzmann-Nachbaues, begangen wurde. Am 1. Februar 1859 wurde Dr. Ernst Ebeling geboren, der von 1898 bis 1918 Dessauer Oberbürgermeister war. In seine Amtszeit fielen der Rathausneubau, der Bau der städtischen Krippe, des ersten städtischen Kindergartens und der Stadtschwimmhalle. Des Weiteren gab Herr Koschig einen Ausblick auf das Ende dieses Jahres, so könne am 23.12.2009 der 150. Geburtstag von Richard Bartmuß, dem berühmten Komponisten und Orgelvirtuosen, der an der Marienkirche tätig war, gefeiert werden.

Als wirtschaftliche Jubiläen führte Herr Koschig den **150. Jahrestag des Wallwitzhafens** an, der **am 25. April, ab 10.00 Uhr auf dem Gelände der Wassersportler** am Wallwitzhafen offiziell begangen wird. Hierzu sprach er im Namen des Vereins eine Einladung aus. Die Papierfabrik in Roßlau wurde vor 150 Jahren begründet, heute befindet sich dort das Wissenschaftlich technische Zentrum Dieselmotoren. Ebenfalls vor 150 Jahren wurde in Roßlau der Vorschussverein gegründet, aus dem 1924 die Genossenschaftsbank, die heutige Volksbank, hervorging. Am 29. April 1859 wurden die Ratsstadt und die fürstliche Amtsstadt Dessau zur städtischen Gemeinde zusammengelegt, dies war sehr wichtig für die städtische und vor allem wirtschaftliche Entwicklung. Am 20. April 1859 wurden die ersten großen Blechtafeln in die Werkstatt des Schlossermeisters Ernst Gottfried Polysius in der Langen Gasse geliefert, was der Beginn des Aufstiegs der Firma Polysius zu einem der größten Dessauer Betriebe war. Es entstand die Eisengießerei und Maschinenfabrik Polysius, der Vorgänger des Zementanlagenbaus Dessau. Dank des Engagements von Herrn Skupin und seinen Kollegen kann nunmehr Herr Fahrt mit der CEMAG auf die 150jährige Tradition des Zementanlagenbaus in unserer Stadt zurückblicken.

Am vergangenen Sonnabend fand im Technikmuseum ein FDP-Landesparteitag statt. Hier wurden die industriellen Traditionen und wirtschaftliche Entwicklung von Stadt und Region in besonderer Weise gewürdigt.

Am 8. April haben sich der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der **DVV Stadtwerke** auf einen **zweiten Geschäftsführer** geeinigt. **Herr Thomas Zänger** vertritt nun neben Herrn Tobler die Gesellschaft. Für den kommenden Freitag hat Herr Koschig zu einer Pressekonferenz dazu eingeladen.

Die Stadt Dessau-Roßlau wird **15 irakische Flüchtlinge** aufnehmen. Über den genauen Zeitpunkt werden wir durch das Ministerium informiert. Zurzeit laufen die Zuweisungen für die Städte Magdeburg und Halle. Ansprechpartner in der Verwaltung ist dafür Frau Dedecke, Leiterin des Bürgeramtes.

In der Folge berichtete Herr OB Koschig über die **Umsetzung folgender Beschlüsse**:

Die Richtlinie zur Finanzierung von Kindereinrichtungen in freier Trägerschaft in der Stadt Dessau-Roßlau (Vorlage DR/BV/295/2008/V-51) wurde vom Jugendhilfeausschuss verwiesen. Die Verwaltung und die freien Träger sollen gemeinsam eine Abwägung zur Richtlinie vornehmen. Die gebildete Arbeitsgruppe hat viermal getagt. Die nächste Beratung findet am 07.05.09 statt. Ein Ergebnis ist für das II. Quartal vorgesehen.

In seiner Beratung am 26.03.2009 hat der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus im nichtöffentlichen Teil die Vergabe der Wochenmärkte in der Zerbster Straße, der Elballee und der Roßlauer Rudolf-Breitscheid-Straße zum 01.04.2009 an die Messe- und Veranstaltungsagentur Bernd Gellesch mehrheitlich beschlossen (Vorlage des Amtes für Ordnung und Verkehr (DR/BV/093/2009/II-36). Die Wochenmärkte finden in der Zerbster Straße und in der Rudolf-Breitscheid-Straße dienstags und donnerstags und in der Elballee Mittwochs statt. Die Vergabe ist vorerst für ein Jahr bis zum 31.03.2010 erfolgt.

In der April-Ausgabe des Amtsblattes, erschienen am 28. März, erfolgte eine Reihe von Bekanntmachungen zu Beschlüssen:

- DR/BV/004/2009/VI-61 Beschluss über die Aufstellung der 1. Änderung des rechtswirksamen Bebauungsplanes Nr. 119-A „Berufsschulzentrum und Verwaltung“
- DR/BV/037/2009/VI-61 - Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 215 „Am Friedhof III“
- DR/BV/038/2009/VI-61 - Satzung über die Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 215 „Am Friedhof III“
- DR/BV/377/2008/VI-61 - Satzung für den Bebauungsplan Nr. 168-B „Pharmastandort Rodleben / Tornau (vormals Teilgebiet 4.2)“
- DR/BV/493/2008/VI-61 - Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 57 „Einkaufszentrum Magdeburger Straße“ im Stadtteil Roßlau

Die Abwägungsergebnisse zum geänderten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 57 „Einkaufszentrum Magdeburger Straße“ in der Fassung vom 15.05.2008 wurden mit Anschreiben vom 24.03.2009 mitgeteilt.

Der Stadtrat hat in der Sitzung am 11.3.09 die Namensgebung des Platzes am alten Theater („Lily-Herking-Platz“) beschlossen. Die Straßennamensschilder werden in der 18. KW an 3 Standorten (Lichtmasten) angebracht.

Zum **Stand der Baumaßnahmen** berichtend, führte Herr Koschig aus:

Die Beobachtungskuppel im Rahmen der Generalsanierung Astronomische Station Peterholzstraße am Walter-Gropius-Gymnasium wird nachträglich durch Lotto-Toto-Mittel gefördert. Sie befindet sich zur Zt. im Vergabeverfahren. Die Fertigstellung erfolgt voraussichtlich bis Ende Juni.

Derzeit läuft die bauliche Umgestaltung des Freiraums zwischen Springbrunnen und Stadtmauer als urbaner Freiraum mit hoher Aufenthaltsqualität als Schnittstelle zu den angrenzenden Quartieren im Rahmen des ExWoSt-Modellvorhabens Interkultureller Generationenpark.

Die interaktive Beleuchtung im Umfeld des Springbrunnens wurde vergeben. Auf Grund der Witterung im Winterquartal kam es zu Verzögerungen. Momentan wird die innovative Technik nochmals dem neuesten Entwicklungsstand angepasst. Die Fertigstellung ist nunmehr für Mitte des Jahres 2009 vorgesehen.

Eine Einladung zum Start in den Stadtparksommer am 25. April sprach Herr Koschig an dieser Stelle aus.

Die Maßnahme Stadtumbau Ost – Abbruch „Rodebilleviertel“ wurde am 18.03.2009 abgeschlossen und inzwischen abgenommen.

Für den Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Freizeit-, Vereins- und Schulsport am Gymnasium „Philanthropinum“ wurde durch Amt 40 der Maßnahmebeschluss vorbereitet und soll am 19.05.2009 im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und am 10.06.2009 im Stadtrat beschlossen werden.

Für den Ersatzneubau Tierheim Am Friedrichsgarten, 06844 Dessau-Roßlau fand am 13.03.2009 die Projektverteidigung statt. Förderanträge für Mittel aus dem Konjunkturprogramm II wurden beim Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt und Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt seitens des Amtes für Umwelt und Naturschutz gestellt. Der Maßnahmebeschluss wird derzeit vorbereitet.

Am 24.02.2009 haben die Abbrucharbeiten des Büro- und Werkstattgebäudes auf der Industriebrache Junkalor direkt an der Junkersstraße begonnen und sind abgeschlossen. Anschließend folgen die Flachbauten der ehemaligen Lehrlingsgebäude.

Die Abbrucharbeiten für den 2. BA. befinden sich in der Vorbereitung. Voraussichtlicher Abbruchbeginn wird August 2009 sein. Auf jeden Fall werden die Rundbogenhalle und das Verwaltungsgebäude stehen bleiben.

Ende Juli 2009 bis Dez. 2009 ist der Abbruch Taubenstraße, 1. BA – ehemalige Fleischerei - und der 2. BA -Teilbereich Bäckerei - 2010 geplant. Die Aufwertungsarbeiten erfolgen nach dem Abriss der Bäckerei.

Der Neubau Bahnhofstraße steht kurz vor dem Abschluss. Die feierliche Inbetriebnahme als letztes Teilstück der neuen Ortsdurchfahrt der B 184 n soll am 30.04.2009 um 11:00 Uhr stattfinden.

In der Kleinen Marktstraße Roßlau wurden die Arbeiten vor dem vereinbarten Vertragstermin (30.04.09) am 07. April 2009 inkl. Pflanzarbeiten abgeschlossen.

Die Arbeiten an der Marienstraße Dessau-Nord haben termingerecht begonnen und werden das gesamte Jahr 2009 andauern. Über die Presse und mit Postwurfsendungen (400 Handzettel) wurden alle Anwohner von der Baumaßnahme informiert. Auf der Grundlage eines bestätigten Bauablaufplanes erhält der Stadtrat in den kommenden Sitzungen weitere aktuelle Informationen.

Die Maßnahme Wiljamsstraße in Mosigkau wurde vertragsgerecht am 16. März 2009 begonnen und wird bis Mitte des Jahres andauern. Derzeit werden die Arbeiten für die DVV wie Verlegen der Gasleitung u. Ä. ausgeführt. Die Maßnahme liegt im bestätigten Bauablauf. Gleiches gilt für die Justus-von-Liebig-Straße, wo die Maßnahme auch bis Mitte des Jahres andauern wird.

Die Maßnahme Kreisel Roßlau musste auf Grund der langen Winterperiode (8 Wochen) entsprechend verlängert werden, womit der vertragsgemäße Fertigstellungstermin der 29.04.2009 ist. Eine Verkehrsfreigabe ist zum 29.04.2009 geplant.

Am 17. März haben Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur, und Herr Wolfram, Leiter des Schulverwaltungsamtes, die Ganztagschule „An der Stadtmauer“ besucht und zum Thema Schulabbrecher mit der Schulleitung ein Gespräch geführt. Hier dankten sie ausdrücklich dem Lehrerkollegium für die engagierte Arbeit. Die Presse habe umfangreich berichtet und konnte zur Klarstellung beitragen, dass diese Schule zu Unrecht in eine schlechte Statistik und damit in ein schlechtes Licht im Land geraten ist. Herr Koschig hätte erwartet, dass das Land hier eindeutige Zeichen gibt. Wenn das Land feststellt, dass Handlungsbedarf besteht, hätte er sich sehr über eine pädagogische Zusatzkraft für die Schule gefreut.

Am 18. März 2009 nutzte der Kultusminister Prof. Dr. Olbertz den Tag der Berufe in der Agentur für Arbeit für einen Besuch bei 3 Dessau-Roßlauer Unternehmen: Avendi Senioren Service Dessau GmbH, NH Hotel Dessau und AEM, Anh. Elektromotorenwerk Dessau GmbH. Der Minister zeigte sich sehr angetan von den Initiativen unserer Wirtschaft bei der Gewinnung und Ausbildung von Auszubildenden.

Tourismus

Unsere Stadt profitiert, besonders im Jubiläumsjahr des Bauhauses von der langjährigen Zusammenarbeit ihrer Touristiker mit der Deutschen Zentrale für Tourismus und deren Auslandsvertretungen. Bis Mitte Mai werden innerhalb von 6 Wochen über 120 hochkarätige Gäste, vor allem internationale Journalisten aber auch Reiseveranstalter und Tagungsveranstalter begrüßt.

Im Mai verhandeln die Touristiker auf dem German Travel Mart mit internationalen Reiseveranstaltern über Reiseangebote für das Geschäftsjahr 2010. Hierbei geht es unter anderem auch um ein Arrangement zum Besuch der Internationalen Bauausstellung 2010 in Dessau-Roßlau.

Soziales

Am 18. April 2009 begann die Seniorenmesse „Frühling in der vierten Jahreszeit“ in der Stadtparkasse Dessau. An diesen Messetag schließt sich eine Aktionswoche vom 20. bis 24. April mit vielen interessanten Fachvorträgen, Referaten und Programmen an. Herr Koschig dankte allen, die sich an der Messe und an der Aktionswoche beteiligten, vor allem dem Gastgeber, der Stadtparkasse.

Allgemeines

Am 18. März 2009 wurde in einem Festakt in Anwesenheit des Kultusministers Prof. Olbertz, weiterer Vertreter des Ministeriums, der Sparkassenstiftung, der Kulturstiftung der Länder und der Familie von Anhalt aus dem Hause von Anhalt Kunstgut an die Stadt Dessau-Roßlau, an die Anhaltische Gemäldegalerie übergeben. Dafür sprach Herr Koschig den Dank an die Stadtparkasse, die Ostdeutsche Sparkassenstiftung, Lotto-Toto, die Kulturstiftung der Länder und das Land Sachsen-Anhalt aus. Vielleicht ist bei der Berichterstattung etwas untergegangen, dass u. a. das Gemälde „Amalie mit ihren Kindern“ von Tischbein und das Denkmal des Alten Dessauers nunmehr endgültig der Stadt Dessau-Roßlau gehören.

Am 8. April 2009 fand im Ratssaal eine Anlaufveranstaltung „Deutschland bewegt sich – Dessau-Roßlau macht mit“ der Gesundheitsinitiative der Barmer Ersatzkasse statt. Hier wurde zum 21. und 22. August 2009 eingeladen zu einer großen Veranstaltung auf der Zerbster Straße. Am Tage darauf, am 23. August, wird im ZDF-Fernsehgarten dann ein Beitrag zu dieser Veranstaltung gesendet und Herr Koschig rief Jugendliche ab 16 Jahren zum Casting zur Teilnahme am Fernsehgarten auf, dies erfolgt in Abstimmung zwischen dem Barmer-Geschäftsführer und Herrn Hirsch, Sportdirektor.

Ab 5. Mai 2009 gibt es neben dem Brauereiverein eine weitere Auszeichnung als besonderer Ort im Land der Ideen, nämlich das Städtische Klinikum – Klinik für Dermatologie.

Am 02.05.2009 eröffnet das Dessau-Center (ehemaliges Konsument Warenhaus). Für den 03.05.2009 liegt für die Innenstadt vom Dessau-Center ein Antrag auf Sonntagsöffnung vor, dem sich neben vielen Mitgliedern von City-Net (Vereinigung der in der Innenstadt ansässigen Einzelhändler) auch das Rathauscenter anschließen wird.

Der Dank von Herrn Koschig gilt den vielen Vereinen, Verbänden, Bildungseinrichtungen, den Bürgerinnen und Bürgern und den engagierten städtischen Mitarbeiter/Innen, welche sich wieder aktiv am diesjährigen Frühjahrsputz vom 09.03. bis 04.04.2009 in unserer Stadt beteiligt haben.

Am gestrigen Abend wurden auf der Betonfläche auf der Alten Landebahn pyrotechnische Gegenstände von einer Fa. BK-Feuerwerk-Vertrieb GmbH aus Ronneburg abgebrannt, welche dies auch in der Stadtverwaltung angezeigt hatten. Eine Genehmigung ist dazu nicht erforderlich und es sollte sich um eine Qualitätsprüfung pyrotechnischer Artikel handeln. Die Berufsfeuerwehr und das Landesamt für Verbraucherschutz wurden wie gesetzlich vorgeschrieben über das Vorhaben informiert und hatten keine Einwände. Von der Firma wurden sowohl die angezeigte Zeit als auch die angezeigten

Mengen in mehr als unangemessener Art und Weise überschritten. Unsererseits wurde umgehend ein Ordnungswidrigkeitsverfahren dazu eingeleitet.

Herr OB Koschig führte weiter aus, der Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau steht vor großen Herausforderungen. Der V. Bauabschnitt steht kurz vor einem Maßnahmenbeginn, wenn dazu heute der Beschluss gefasst wird. Für insgesamt 5,7 Mio. EUR soll ein weiterer Neubau entstehen. Wie bekannt, befindet sich derzeit ein Vergabeverfahren in der Überprüfung in der Vergabekammer, es wird davon ausgegangen, dass am Freitag dazu eine Verhandlung stattfindet. Im Klinikum wird wegen des Freitodes des Technischen Leiters staatsanwaltlich ermittelt. Daher hat sich jüngst auch das Sozialministerium eingeschaltet, wobei es sich bei einem Vergabeverfahren nicht um eine durch das Sozialministerium geförderte Investition handelt.

Durch diese Sachverhalte, die unglücklicher Weise auch zusammenkommen, ist eine erhebliche Unruhe unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des kommunalen Eigenbetriebes entstanden, die auch unsere Führungskräfte einschließt. Vor diesem Hintergrund hat sich Herr Koschig heute entschlossen, die Führung des Klinikums zur Chefsache zu erklären und den Vorsitz des Krankenhausausschusses bis auf weiteres selbst zu übernehmen und gleichzeitig in der Verwaltungsspitze über weitere Aufgabenverlagerung nachzudenken, um die zusätzliche Arbeit von ihm durch Verlagerung innerhalb der Verwaltungsspitze wieder auszugleichen.

Abschließend ging Herr Koschig auf eine Aussage des Oberbürgermeisters der Lutherstadt Wittenberg ein. Herr Naumann meinte, ohne das Oberzentrum Dessau-Roßlau leben zu können, dessen Sinn Herr Koschig nicht verstehen könne. Er lasse damit alle Grundkenntnisse der Raumordnung vermissen, es gibt dazu auch Kontakt unserer Planungsgemeinschaft mit ihm selbst und vor allem Frau OB Wust fühlte sich hier sehr getroffen und hat mit ihm das persönliche Gespräch gesucht.

Es sei schwer für die Mittelzentren mit Teilfunktionen eines Oberzentrums, den im Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes vorgesehen Verlust dieser Teilfunktionen den Bürgerschaften zu vermitteln, führte Herr Koschig weiter aus. Deshalb habe er als Vorsitzender der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg eine Untersuchung über die Potentiale der Zusammenarbeit des Oberzentrums Dessau-Roßlau mit seinen Mittelzentren durchführen lassen. Diese konnte inzwischen von dem beauftragten Büro abgeschlossen werden. Die Oberbürgermeister haben sich verständigt, dieses Papier so erst einmal zu bestätigen, das Gutachterbüro aber noch einmal beauftragt, dazu eine Kurzfassung über das sog. Städtebündnis vorzubereiten. Mit den Europawahlen finden in Sachsen-Anhalt Gemeinderatswahlen statt - betroffen sind nicht Dessau-Roßlau und auch nicht die Stadt Bitterfeld-Wolfen - und nach diesen Wahlen soll dann nach einer nochmaligen Abstimmung der Oberbürgermeister dieses Untersuchungsergebnis den Stadträten vorgestellt werden.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der letzten Sitzung des Stadtrates fasste dieser einen Beschluss über die Vergabe zur Verwertung von Bioabfällen aus der Stadt Dessau-Roßlau, informierte Herr Koschig.

5. Einwohnerfragestunde

In der aufgerufenen Einwohnerfragestunde gab es keine Wortmeldungen.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Erstes Beteiligungshandbuch und Zweiter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: DR/IV/084/2009/II-20

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Maßnahmebeschluss: "Ordnungsmaßnahme Taubenstraße"

Vorlage: DR/BV/110/2009/VI-65

Der Maßnahmebeschluss wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bat um das Rederecht für Herrn Dr. Raschpichler für eine persönliche Erklärung, worauf Herr Dr. Exner darauf verwies, dass Herr Dr. Raschpichler ohnehin dieses Recht habe und erteilte ihm das Wort. Er bat Herrn Dr. Raschpichler, darauf zu achten und abzuwägen, welche Darlegungen nicht in den öffentlichen Sitzungsteil gehören.

In seinen Ausführungen erinnerte Herr Dr. Raschpichler an die Information des Oberbürgermeisters, dass er die mit dem Krankenhaus zusammenhängenden Angelegenheiten zur Chefsache macht. Das heiße im Umkehrschluss, den zuständigen Beigeordneten von dieser Funktion zu entbinden. Herr Koschig habe ihn heute 14.00 Uhr von dieser Entscheidung in Kenntnis gesetzt. Er habe diese respektiert, da es das Recht des OB sei, da er ja in seinem Auftrag als Beigeordneter die Leitung des Krankenhausausschusses übernommen habe.

Richtig sei aber auch, dazu habe Herr Dr. Raschpichler in dem persönlichen Gespräch sein Bedauern zum Ausdruck gebracht und auch gesagt sie für falsch zu halten, dass seine Entscheidung auch bedeutet, er vertraut seinem Beigeordneten nicht mehr, diese Aufgaben für das Klinikum in einer schwierigen Situation im Sinne der Stärkung des Klinikums, der Abwehr von Schaden von Einrichtung und Personen und im Sinne der Stärkung des Oberzentrums Dessau-Roßlau wahrnehmen zu können. Diese Entscheidung schmerze und treffe ihn persönlich, weil er gerade in einem Augenblick der Bemühung um Transparenz, Intensivierung des internen Controllings, durch klare Anweisungen und durch Bemühungen Vertrauen und eine gutes Klima in diesen Prozess einzubringen, sich gewissermaßen vor die Tatsache gestellt sehe, diesen Prozess nicht zu Ende führen zu können. Es gehe also um ein Stück Vertrauensentzug. Andererseits habe Herr Koschig in dem Gespräch mit ihm deutlich gemacht, dass er volle Verantwortungswahrnehmung erwartet in den Bereichen, die auch interessant und wichtig sind - richtig ist, es stehen viele Konzepte auf der Tagesordnung und er bedaure außerordentlich, dass er viele Erwartungen an die zügige Erstellung dieser Konzepte noch nicht erfüllen konnte, da die Vielzahl dieser Konzepte eine lange Vorgeschichte haben und man in 9 Monaten sicher nicht alles geradebiegen könne, was jahrelang nicht entsprechend engagiert umgesetzt wurde. Verantwortung z. B. auch für die Zukunft eines Job-

Centers mit schwierigsten Entscheidungen sowohl nach außen als auch nach innen für unsere Beschäftigten, also Verantwortung ohne das Vertrauen des Oberbürgermeisters.

Herr Dr. Raschpichler vertrete seit Jahren die Meinung, Vertrauen und Verantwortung verbinde eines, sie sind unteilbar. Er könne beides nicht nach Belieben teilen. Es geht hier wahrscheinlich gar nicht mehr um Personen, sondern es gehe ihm um ein Klinikum, das in seiner Strahlkraft erhalten bleibt, es gehe ihm um ein Oberzentrum mit einer starken Zukunft, um genau das, was er eingangs erwähnt hat, um Klima, Vertrauen, um eine starke Position des Trägers des Klinikums, das ist die Stadt Dessau-Roßlau. Herr Dr. Raschpichler forderte den Oberbürgermeister deshalb auf, seine Führungsrolle konsequent zu Ende zu führen und ein Verfahren zur vorzeitigen Abwahl seines Beigeordneten für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur gem. § 66 (3) der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt einzuleiten, damit für dieses Klima, das wir alle brauchen, wieder eine belastbare Arbeitsgrundlage des Vertrauens geschaffen werden kann. Der Beigeordnete bedarf besonders des Vertrauens des Stadtrates und dieses Vertrauen möchte Herr Dr. Raschpichler erwerben, um die vor ihm liegenden Aufgaben in voller Verantwortung wahrnehmen zu können. Ihm sei diese Entscheidung sehr schwer gefallen, er bedaure diese Entwicklung insgesamt, sehe aber zur Auflösung dieser Konfliktsituation für sich, für den Oberbürgermeister, für das Klinikum der Stadt nur diesen Weg.

Zunächst äußerte im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Dr. Raschpichler **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**, die Bitte, für den nicht öffentlichen Teil die Möglichkeit einer Diskussion zu dem eben Ausgeführten zu geben. Aus seiner Sicht hätte die Problematik auch anders gelöst werden können. Der Rat sei von der Entwicklung sicherlich überrascht worden.

Des Weiteren richtete Herr Schöнемann die Frage an Oberbürgermeister Koschig, im Zusammenhang mit der Übergabe von Kunstgut der Familie Anhalt an die Stadt Dessau-Roßlau interessiere seine Fraktion, welchen Gegenwert die Schenkungen an die Anhaltische Gemäldegalerie haben. Es ist bekannt, dass das Haus Anhalt Anfang der 90er Jahre eine nicht minder große Liste eingereicht hatte, wozu man eine Entschädigung haben wollte. Er denke, dass dieser Prozess mit der Übergabe nun abgeschlossen ist, weshalb er den aktuellen Sachstand wissen möchte.

Herr Koschig erklärte, hier ging es nicht um eine Schenkung, sondern es handelt sich bei der Übergabe um drei Porträts von Mitgliedern der Familie Lepsius, die vor kurzem an einen Vertreter der Familie stattgefunden hat. Was die Übergabe von Kunstgut der Familie von Anhalt betrifft, könne er gern im nicht öffentlichen Teil informieren, es müsste aber allen Stadträten bekannt sein. Es gab im vergangenen Jahr dazu eine Beschlussvorlage, die 1:1 umgesetzt wurde.

Es gebe seinerseits keine Verwechslung, betonte **Herr Schöнемann**. Er habe es ausführlich dargestellt, dass es ihm um die Gesamtproblematik Entschädigung ging. Das Signal, welches nun im Rahmen der symbolischen Übergabe gegeben wurde, stelle sicherlich einen Abschluss des Prozesses dar. Insofern möchte er diesen Prozess abschließen, damit man wisse, wie er am Ende bewertet werden kann oder ob es weitere Forderungen gibt.

An den Wirtschaftsdezernenten, Herrn Hantusch, gewandt, bezog sich **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, auf einen Beschluss, dass die Stadtverwal-

tung kommunale Dächer für die Nutzung zur Erzeugung von Strom aus Fotovoltaik-Anlagen für private Investoren freigeben soll. Er stellte die Frage nach dem aktuellen Stand und ob es u. U. größere Vorhaben gibt, die noch in Vorbereitung sind. Herr Beigeordneter Hantusch sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, erinnerte zunächst daran, dass am 10.12.2008 im Stadtrat ein Beschluss zur Veränderungssperre zum Gelände des Kristallpalastes gefasst wurde. Er habe damals Herrn Bürgermeister Gröger gefragt, ob die Ablehnung des Bauantrages schon definitiv erteilt wurde. Er habe darauf nicht verbindlich antworten können, da Herr Tschada nicht im Hause war, aber in den vorangegangenen Ausschusssitzungen war diese Aussage so gekommen, dass der Bauantrag bestandskräftig abgelehnt ist. In der Zwischenzeit ist Herrn Otto bekannt geworden, dass die Ablehnung des Bauantrages erst am 29.01.2009 aus dem Haus gegangen ist. Demnach wurde falsch informiert und es kann uns noch ein wirtschaftlicher Schaden entstehen.

Eine zweite Information von Herrn Otto ging in Richtung Meisterhäuser. Er zog seine damals gegebene Zustimmung zum Maßnahmebeschluss definitiv zurück. Als Begründung gab er an, dass auch dieser Beschluss unter Täuschung des Stadtrates zustande gekommen ist. In der Sitzung am 30.03.2009 hatte Herr Otto moniert, dass den Fraktionen erst Ende März die Stellungnahme von ICOMOS, von Frau Schmückle-Mollard zur Kenntnis gegeben wurde, die bereits im Dezember 2008 im Hause war. In der Sitzung am 30.03. war ihm dann gesagt worden, dass das nicht so sei. Herr Otto hatte im Vorfeld darauf verwiesen, dass der Präsident von ICOMOS (Deutschland- und damals noch Weltpräsident von ICOMOS) ihm gesagt hatte, auch mit Eingriffen in die Decke im Gropius-Haus einverstanden zu sein, wenn wir erreichen können, dass eine zweite Decke eingezogen und der Zugang zur Dachterrasse erreicht werden kann. Das sei eine Forderung von ihm gewesen und wurde damals in der Diskussion im Stadtrat damit abgetan, dass Herr Gröger mit Frau Schmückle-Mollard genau das Gegenteil besprochen hat. Umso erstaunter war Herr Otto, als der Brief von Frau Schmückle-Mollard ein Vierteljahr später auftaucht und sie erklärte, den Zugang nach wie vor zu fordern. Offensichtlich hat es nach den Prüfaufträgen, welche technischen Möglichkeiten es für eine solche zweite Decke gibt, keine Rückkopplung mehr mit ICOMOS gegeben. Übrigens war Herrn Otto am 30.03. versprochen worden, die Protokolle der Abstimmungen mit Frau Schmückle-Mollard zu erhalten, was bis heute nicht erfolgte. Herr Otto habe dann mit Frau Schmückle-Mollard und Herrn Petzet, ICOMOS-Präsident, Kontakt aufgenommen und könne heute mitteilen, dass ICOMOS der Meinung ist, dass durchaus Träger in die Decke eingezogen werden können und so eine andere Lösung herbeigeführt werden kann. Die liegt schriftlich vor und Herr Otto wird es Herrn Hantusch übergeben. Persönlich zieht Herr Otto die Zustimmung von ICOMOS der vom Landesamt vor, denn der Schaden in der Diskussion wird größer sein, wenn die internationale Öffentlichkeit unseren Maßnahmebeschluss nicht mitträgt.

In diesem Zusammenhang forderte Herr Otto den Oberbürgermeister auf, für mehr Transparenz zu sorgen. Es könne nicht sein, dass hier mit falschen Informationen Beschlüsse gefasst werden.

Zum anderen habe Herr Otto gestern an der Versammlung der Eltern in der Schule Zoberberg teilgenommen. Offensichtlich war es den Stadträten nicht bekannt, dass diese Versammlung stattfindet. Es war sehr aufschlussreich, weil in der Kulturausschuss-

sitzung gesagt wurde, dass alles ordentlich gelaufen ist. Für ihn habe aber die Stadtverwaltung hier sehr schleppend gearbeitet. Wenn man bedenkt, dass der gerichtlich bestellte Gutachter erst im Monat April beantragt wurde, die Proberäume, in denen die Materialentnahmen und die Prüfung erfolgen, erst im März eingerichtet wurden, in den Wintermonaten Januar und Februar bei der großen Kälte die angewiesene Lüftung nicht erfolgt war und man hört, was die Eltern über den Gesundheitszustand ihrer Kinder berichten, dann hätte Herr Otto dies längst zur Chefsache gemacht.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, erinnerte an die Sitzung des Stadtrates, in der das Thema Umgang mit der brandgeschädigten Villa Kramer, Tivoli 1, angesprochen wurde. Daraufhin habe ihm Herr Tschada dankenswerter Weise einen Bericht zugeschickt, in dem es um Maßnahmen ging, die dort zu ergreifen wären. Das war als ein Zwischenbericht zu verstehen. Heute sei Herr Hartmann dort vorbei gekommen und musste feststellen, dass nach wie vor nichts passiert ist. Das Tor stand weit offen. Hier ist einer Sicherungspflicht nachzukommen und man sollte sich darum kümmern, dass es weiter geht. Der Zwischenbericht sollte also mit einem Abschlussbericht zu ergänzen.

Einen Aufruf startete **Herr Weber, CDU-Fraktion**. Am 23.03.2009 habe in der Ess-Bar im Schwabehaus eine Versammlung derer stattgefunden, die seinerzeit für das Projekt Schwabehaus mitgewirkt haben. Dort wurde auch ein sehr umfangreicher Bericht abgegeben. Herr Weber möchte heute seine neue Bürgerschaftserklärung an Herrn Dr. Schmidt übergeben, in der Hoffnung, dass viele Kolleginnen und Kollegen sich ebenfalls entschließen, dem Schwabehaus-Verein eine Bürgerschaft auszustellen, damit auch die Finanzierung der Johannisstraße 17 (alte Bäckerei) ähnlich gut funktionieren kann, wie es beim Schwabehaus der Fall war. Das ist ein großartiges Beispiel für bürgerschaftliches Engagement und Herr Weber sprach Herrn Dr. Schmidt seinen Dank für dessen dort geleistete Arbeit aus.

Eine Anfrage zum Leipziger Tor stellte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Hier wurde schon einmal das öffentliche Urinieren und Zerstören angesprochen. Aufgrund dessen, dass Bürger und Unternehmer nachgefragt haben, bat Herr Dr. Weber um Aussagen, warum nicht gehandelt wurde und was man dagegen machen kann. Dort herrschen Zustände, die nicht mehr tragbar sind. (Von Seiten des **Oberbürgermeisters** wurde eine Klärung zugesagt.)

Frau Müller, SPD-Fraktion, teilte mit, mehrfach von Bürgern aus ihrem Wahlbereich angesprochen worden zu sein, wann und ob überhaupt die Gelben Tonnen nach Dessau kommen. Durch die bisher verwendeten Gelben Säcke entsteht eine langsam nicht mehr tragbare Situation.

In ihrer Entgegnung führte **Frau Beigeordnete Nußbeck** aus, dass im letzten Stadtrat die Bedingungen für die Entsorgung hier festgelegt wurden. Es wurde beschlossen, dass nur die Bereiche nördlich der Elbe und der Ortsteil Mosigkau mit Gelben Tonnen ausgerüstet werden. Die restlichen Stadtteile haben sich mehrheitlich für Gelbe Säcke ausgesprochen.

Weitere Anfragen und Informationen wurden nicht vorgetragen.

7. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2009

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen, führte in die anstehende Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau ein. Sie verwies eingangs auf die wesentlichen Änderungen zum ursprünglichen Entwurf des Haushaltes für 2009, insbesondere im Vermögenshaushalt.

In den letzten Wochen wurden die Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes und des Vermögenshaushaltes in mehreren Sitzungen beraten. Gleichzeitig wurde mit Hochdruck an den Unterlagen zum Jahresabschluss 2008 gearbeitet, um das gesicherte Ergebnis der Jahresrechnung 2008 in den Haushalt 2009 einbeziehen zu können. Außerdem habe man intensiv am Maßnahmenpaket der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms des Bundes (Konjunkturpaket II) gearbeitet, um auch diese Maßnahmen im Vermögenshaushalt und Investitionsprogramm darzustellen.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept wurde an die aktuelle Beschlusslage angepasst und enthält entsprechend der Mehrheitsentscheidung des Stadtrates zur Übernahme des Bürgerbegehrens gegen die Veräußerung kommunaler Unternehmensanteile nunmehr keine Einnahmen aus Veräußerungserlösen.

Die angemarkten wesentlichen Änderungen sind:

1. Verwaltungshaushalt

Erhöhung der Einnahmen von ursprünglich 166,1 Mio. EUR um rund 1,6 Mio. EUR auf 167,7 Mio. EUR bei fast gleich bleibenden Ausgaben in Höhe von 191,3 Mio. EUR.

Damit sinkt das planmäßige Defizit im Haushaltsentwurf um ebenfalls 1,6 Mio. EUR auf nunmehr 23,6 Mio. EUR insgesamt. In diesen 23,6 Mio. EUR Defizit ist ein laufendes Defizit in Höhe von 5,9 Mio. EUR enthalten.

Die Haushaltsplanung für 2009 stellt sich um 1,6 Mio. EUR gegenüber dem Finanzplan 2008 besser dar.

Bei der Prognose der Steuereinnahmen wurden noch keine Einflüsse der weltweiten Finanzkrise einbezogen, die aber mit Sicherheit zu erwarten sind. Positiv dabei ist, dass wir in unserer monatlichen Analyse der Gewerbesteuererinnahmen per 31.03.2009 noch keine Auswirkungen der Krise feststellen konnten. Dennoch liegen wir im Vergleich zum Vorjahr zum Stichtag durch Korrekturen von Vorjahresbescheiden um fast 1 Mio. EUR niedriger.

Trotz einiger gravierender Einnahmever schlechterungen z. B.

- beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Höhe von 509 TEUR,
- den allgemeinen Zuweisungen um 262 TEUR und
- bei den geplanten Mehreinnahmen aus der Überarbeitung der Elternbeitragsatzung in Höhe von rd. 300 TEUR

konnte dies durch erhebliche Einnahmeerhöhungen insgesamt überkompensiert werden, z. B. im Wesentlichen durch

- Mehreinnahmen aus der Erstattung der Bundesagentur für Arbeit für die Grundsicherung in Höhe von 1.085 TEUR,

- zusätzliche Einnahmen aus der Abführung der Zinseinnahmen der Deponie in Höhe von 857 TEUR,
- Mehreinnahmen aus den Gebühren im Rettungsdienst von 212 TEUR,
- höhere Zuschüsse vom Land für den ÖPNV in Höhe von 389 TEUR,
- höhere Zuschüsse vom Land für Kultur in Höhe von 156 TEUR sowie den
- gestiegenen Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Höhe von 160 TEUR.

2. Vermögenshaushalt

Im heute vorliegenden Entwurf sind die von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II enthalten.

Die Einnahmen und Ausgaben sind gegenüber dem ursprünglichen Entwurf von 48,8 Mio. EUR auf 55,8 Mio. EUR um rund 7 Mio. EUR gestiegen.

Insgesamt wurden 29 zusätzliche Maßnahmen im Umfang von 9,4 Mio. EUR aufgenommen, ohne dass eine Kreditaufnahme eingeplant wurde. Ermöglicht wurde dies durch die Umverteilung von Mitteln aus Maßnahmen, die im Wesentlichen aus Eigenmitteln zugunsten der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden sollten. Dabei wurden alle Maßnahmen berücksichtigt, für die bereits jetzt schon Förderanträge gestellt werden konnten bzw. Förderzusagen in Aussicht gestellt wurden.

Aufgrund der Vielzahl der Maßnahmen und vor allem wegen der möglichen vielfachen Veränderungen, die sich insbesondere aus der Art und Weise der Umsetzung des Konjunkturpaketes in unserem Land ergeben, verzichtete Frau Nußbeck darauf, auf die Einzelmaßnahmen einzugehen, betonte aber, die Stadtverwaltung hat in ihrer Prioritätenliste die energetische Sanierung der Schulen und Kindereinrichtungen an allererste Stelle gesetzt. Inwieweit dies am Ende tatsächlich umsetzbar ist, sei derzeit überhaupt nicht einzuschätzen, da Informationen fast ausschließlich der Presse entnommen werden können.

3. Das Investitionsprogramm hat aufgrund des Konjunkturpaketes, welches ja über zwei Jahre verteilt werden soll, ebenfalls eine weit reichende Überarbeitung erfahren.

Die Einnahmen und Ausgaben erhöhen sich

für 2009	um 7,0 Mio. EUR	auf 55,8 Mio. EUR
für 2010	um 10,3 Mio. EUR	auf 64,1 Mio. EUR
für 2011	um 3,7 Mio. EUR	auf 48,3 Mio. EUR
und für 2012	um 900 TEUR	auf 39,9 Mio. EUR.

Die zusätzlichen Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II machen im Jahr 2010 einen Gesamtumfang von 13,1 Mio. EUR aus. Auch hier ist keine Kreditaufnahme geplant und die Finanzierung aus der Umverteilung von eigenmittelfinanzierten Maßnahmen zugunsten der geförderten Maßnahmen erfolgt.

Die Stadt hat damit in den nächsten 4 Jahren insgesamt rund 22 Mio. EUR mehr für Investitionen eingeplant. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, inwieweit wir durch das Förderprogramm für die UNESCO-Welterbestätten nochmals mit zusätzlichen Fördermitteln bedacht werden.

Dies ist für die gesamte Stadtverwaltung, insbesondere für die mit der Vorbereitung und Realisierung befassten Fachämter, eine enorme Herausforderung und wird nur unter größten Kraftanstrengungen zu bewältigen sein.

4. Im **Finanzplan** wirkt zum einen der verbesserte Planansatz für 2009, der sich zum großen Teil auch für die Folgejahre fortsetzen lässt, zum anderen wirkt aber das deutlich bessere Jahresergebnis aus dem Jahr 2008. Dadurch konnte der Jahresfehlbetrag 2008 gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung um 10,8 Mio. EUR niedriger eingeplant werden.

Im Übrigen wirken sich auch die bereits im vergangenen Jahr beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen aus dem Gutachten von Rödl & Partner positiv auf den vollständigen Haushaltsausgleich im Jahr 2016 aus. Großer Unsicherheitsfaktor für die Fortschreibung wird hier insbesondere die Entwicklung der Steuereinnahmen durch den Einfluss der Finanzkrise bleiben.

5. Das **Haushaltskonsolidierungskonzept** wurde in insgesamt 9 Einzelmaßnahmen angepasst an die aktuelle Beschlusslage. Das betrifft z. B. folgende wesentliche Maßnahmen:

- die Maßnahme 4038 Elternbeitragssatzung
- die Maßnahme 5004 Übertragung der Bäder an die DVV
- die Maßnahme 8001 Gewinnabführung der DVV an den Haushalt der Stadt
- die Maßnahme 8014 Abführungen des Eigenbetriebes Stadtpflege an den Haushalt und
- die Maßnahme 9006 Veräußerungserlöse aus kommunalen Unternehmen bzw. Untersuchung des Kernhaushaltes auf weitere Konsolidierungsbeiträge,

Mit dem vorliegenden Konsolidierungskonzept sind jedoch auch noch einige Unwägbarkeiten verbunden.

Derzeit untersucht die Firma Rödl & Partner den Kernhaushalt auf weitere Konsolidierungspotentiale mit der sehr anspruchsvollen Zielstellung, hier über den bereits bestehenden pauschalen Personalkosteneinsparvorschlag Nr. 0030 Verwaltungsstrukturreform in Höhe von insgesamt 4,9 Mio. EUR hinaus zusätzlich 4,5 Mio. EUR Einsparungen zu generieren. Darüber hinaus besteht noch der Auftrag der DWG, ebenfalls einen geeigneten Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Die Ergebnisse beider Untersuchungen werden nicht vor Mitte dieses Jahres vorliegen. Damit weist unser gegenwärtiges Konsolidierungskonzept immer noch pauschale Maßnahmen mit einem Gesamtumfang von fast 10 Mio. EUR aus. Es ist daher nicht sicher abschätzbar, inwieweit die Kommunalaufsicht diesen Haushalt 2009 in vollem Umfang für genehmigungsfähig hält.

Fest steht, dass wir die Auflagen des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt 2008 nicht vollständig umgesetzt haben. Fest steht aber auch, dass wir dennoch

- die bisherigen Konsolidierungsziele eingehalten haben,
- eine deutliche Ergebnisverbesserung in den letzten Jahren gegenüber dem Plan erreicht haben und

- damit das zweite Jahr in Folge nicht nur keine neuen Defizite aufgebaut, sondern sogar mit dem Abbau von Sollfehlbeträgen aus Vorjahren (wenn auch nur in geringem Maße) begonnen haben
- und dass wir an der Untersetzung der übrigen Maßnahmen konsequent weiter arbeiten werden.

Inzwischen liegen die Ablehnungen des Innenministeriums zu den Anträgen für 2006 und 2007 auf Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock vor. Daher kann man in erster Linie nur auf die Einhaltung des Versprechens der Landesregierung zur Anpassung des FAG hoffen.

Abschließend wies **Frau Nußbeck** darauf hin, dass in der letzten Woche der Haushalt der Stadt Halle beanstandet und zur Überarbeitung zurückgewiesen wurde. Sie gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass der Stadt Dessau-Roßlau dies erspart bleibt, wobei sie aber angesichts der weiter bestehenden Unsicherheiten keine Garantie geben kann. Frau Nußbeck bat um Zustimmung zum vorliegenden Haushalt 2009 und zum Konsolidierungskonzept, ohne das dieser Haushalt überhaupt nicht genehmigungsfähig wäre.

Es schloss sich die Diskussion zu den vorliegenden Haushaltsbeschlussvorlagen an. Zunächst erhielt **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, das Wort. Er merkte an, erstmals in seiner Stadtratstätigkeit erlebt zu haben, dass der Haushalt (2008) bis zum Ende des Jahres durch das Landesverwaltungsamt nicht genehmigt wurde. Die Haushaltssperre hatte bis zum Ende des Jahres Bestand. Das Ergebnis hat sich gegenüber den ursprünglichen Ansätzen um 9,5 Mio. € verbessert. Eine Konsolidierung des Haushaltes bis 2016 ist positiv darstellbar. Das seien Feststellungen und Ergebnisse, welche durch die folgende Tatsache untermauert werden:

Das Bürgerbegehren mit überwältigender Zustimmung für den Erhalt der Unternehmen zur Daseinsfürsorge im Eigentum der Stadt Dessau-Roßlau sollte für Null und Nichtig erklärt werden. Durch den Stadtratsbeschluss spielt die Veräußerung städtischer Vermögensanteile an Gesellschaften im Konsolidierungskonzept zurzeit keine Rolle. Die Konsolidierungsvorschläge durch das Gutachten von Rödl+Partner wurden durch die Fraktion Die Linke sehr differenziert betrachtet und dort, wo dem Bürger zusätzlich in die Tasche gegriffen werden soll, lehnt sie diese ab.

Im Prozess der Konsolidierung des Haushaltes stehe man aber auf der Stelle, weil dieser zu schleppend, halbherzig und inkonsequent durchgeführt wird. Ein Beispiel ist die Übertragung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft bzw. jetzt Bildung eines Eigenbetriebes.

Der ausschlaggebende Anteil an der Konsolidierung sind die Personalkosten. Im Vorwort zum Haushalt und im Finanzplan wurde den Personalausgaben eine ausführliche Aufmerksamkeit gewidmet im Gegensatz zu den Ausführungen für aufgabenbezogene Leistungen, sprich Hartz IV, bzw. Kosten der Unterkunft. Herr Pätzold hatte die Entwicklung der Anteile der Personalausgaben und die aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung an den Gesamtausgaben in den Jahren 2009 bis 2016 verglichen. Unabhängig davon, dass im Jahr 2009 ca. 3 Mio. € Personalmehrausgaben und ca. 1,3 Mio. € Mindereinnahmen bei den aufgabenbezogenen Leistungen geplant sind, ist für seine Fraktion gravierend, dass der Anteil der Personalausgaben bis 2016 konstant bei 33 % bleibt, jedoch der Anteil Ausgaben für aufgabenbezogene Leistungen von 12,7 auf 15,7

%, d. h. um 3,7 % ansteigt. In den Jahresscheiben bedeutet das, dass 2,5 bis 5 Mio. € Ausgaben an anderer Stelle des Verwaltungshaushaltes einzusparen sind. Wo, werde man in den kommenden Haushaltsausschüssen diskutieren müssen.

Die Fraktion Die Linke sei der Meinung, dass steigende Personalkosten auf eine falsche Personalpolitik und fehlende leistungsfördernde Strukturen zurückzuführen sind. Ehe die Untersuchungen des besagten Beratungsunternehmens oder die Einführung der Doppik im Ergebnis neuer Strukturen und einer Personaloptimierung fruchten, sollten hausinterne Personalentscheidungen überdacht werden.

Herr Pätzold könne den Hinweis von Frau Nußbeck zum Halleschen Haushalt nur bekräftigen, denn dort war auch der ausschlaggebende Punkt die erhöhten Personalkostenausgaben. Er richtete die Frage an das Gremium, wie er Arbeitnehmerinnen und Arbeitern in der Privatwirtschaft, welche z. Z. durch die Finanz- und Wirtschaftskrise z. T. in Kurzarbeit oder vor der Entlassung stehen, erklären kann, dass in der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau eine Angestellte seit 2005 Gehalt bezieht, ohne eine Leistung dafür zu erbringen.

Herr Weber, CDU-Fraktion, reagierte auf die Aussagen von Herrn Pätzold und erinnerte an das Jahr 2000, wo er ganz konkrete Vorschläge, gerade was Personal und die Strukturen dieses Rathauses angeht, unterbreitet hatte. Damals war mit der Linken und der SPD kein Weg zu finden, Personal abzubauen. Immer wieder berief man sich auf die soziale Verantwortung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen des Rathauses. Die Überlegungen und konkreten Ausführungen, die er mit 150 VbE vorgelegt, den Geschäftsverteilungsplan und die Schnittstellen minutiös dargestellt habe, finden sich jetzt auch noch zum großen Teil in den Doppik-Ansätzen wieder. Er sage nicht, dass die Aussage von Herrn Pätzold falsch ist, dass jetzt aber mit diesem Angriff gesagt werde, man sollte alle Protokolle in den Jahren nochmals ansehen, warum es nicht geschehen ist. Auch denke er, dass Herr Udo Gebhardt ein großes Problem habe, dies als das einzige Konzept zur Konsolidierung zu verstehen. Als DGB-Landesvorsitzender, der sich für die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen hat, werde es ihm schwer fallen, dies als einzigen Konsolidierungspunkt, darzustellen.

An Frau Nußbeck gewandt, merkte Herr Weber an, seine Fraktion sei tatsächlich nicht zufrieden mit diesem Haushalt. Man hätte sich einen ausgeglichenen Haushalt gewünscht, sogar sofort ausgeglichen, damit der Öffentlichkeit und diesem Stadtrat die Brisanz der Situation besser deutlich wird. Die freiwilligen Leistungen, die Sozial- und Kulturleistungen, die Jugendleistungen, alle die wir nicht mehr hätten und nicht mehr tragen können, müssten allen vor Augen geführt werden, damit deutlich wird, wo wir stehen.

Herr Weber erklärte, die Fraktion werde diesem Haushalt zustimmen. Als Begründung dazu nannte er den Zuschuss an die Moses-Mendelssohn-Gesellschaft, was eine freiwillige Leistung sei und man will, dass diese Leistung auch kommt, weil die Gesellschaft wichtig ist in unserer Stadt und uns nach außen hin bekannt macht. Des Weiteren nannte er die Leistungen für den Krötenhof und das Erlebnisbad Roßlau.

Dieser Haushalt sei aber auch aus dem Grunde falsch, führte Herr Weber weiter aus, weil sich der Investitionsstau, welcher sich bisher auf 180 Mio. € belief, jetzt 150 Mio. € beträgt.

Jetzt sei die Konsolidierung ohne die verhassten Verkäufe darstellbar, wie hier ausgesagt wurde, sie ist aber auch unrealistisch und man werde weiter nicht investieren und der Krise nicht begegnen können, betonte Herr Weber. Er benannte Veröffentlichungen, die sich auf Wirtschaftsforschungsinstitute berufen, in denen klargestellt wird, dass es ein Finanzierungsdefizit bei Bund, Ländern und Gemeinden mit vorsichtig genannt 89 Mrd. € gibt. Der Haushalt, so wie er heute beschlossen werden soll, wird in einem Vierteljahr Makulatur sein, insofern gehe man dieses Mal keine so große Verantwortung ein.

Der Haushalt für das Kalenderjahr 2009 sei ein Haushalt, der Vorgänger- und auch Nachfolgehaushalte habe, stellte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, seinen Ausführungen voran. Die Situation müsse realistisch eingeschätzt und nicht mit Forderungen nach Massenentlassungen bzw. Personalabbau Panik verbreitet werden. Es sei unstrittig, dass sich der Haushalt, wenn man den Prozess sieht, in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Natürlich mit vielen Schmerzen, es gibt viele Einsparungen und Gefahren für weitere Einsparungen. Wenn er sich aber überlegt, dass wir seit zwei Jahren über ein Personalentwicklungskonzept verfügen, dass wir im Haushaltskonsolidierungskonzept konkrete Festsetzungen haben, dass wir mit der Fa. Rödl + Partner auch die Verwaltung durchleuchten - und wir müssen immer bedenken, dass wir einen Haustarifvertrag haben, der betriebsbedingte Kündigungen ausschließt und nicht einfach außer Kraft gesetzt werden kann - dann ist die Argumentation von Herrn Pätzold für ihn etwas merkwürdig, wenn Statistiken bemüht werden, wie viel Personal die Verwaltung hat. Es gab hier einen Konsolidierungsvorschlag, der u. a. von der Fraktion Die Linke unterlaufen wurde, nämlich Personal der Kindertagesstätten auszulagern an Freie Träger, die dann nicht mehr für den Haushalt der Stadt Dessau in der Anzahl zu Buche geschlagen hätten.

Wir sollten das Vertrauen in die Finanzverwaltung haben, dass der eingeschlagene Weg fortgesetzt wird und auch die Konzepte und entsprechenden Konsolidierungsbeschlüsse - Herr Dr. Schmidt erinnerte an das Thema Hundesteuer - konsequent aufgegriffen werden.

Die Veränderungen, die jetzt über das Konjunkturprogramm gehen, und die Schwerpunktsetzung - energetische Sanierung, Sanierung in Schulen und im Kindertagesstättenbereich, kulturelle Einrichtungen - gehen genau in die richtige Richtung und sind auch Forderungen, die die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen seit Jahren gefordert haben. Man wolle eigentlich im Investitionsbereich noch viel mehr in die Straßen in den Vororten investieren. Deshalb brachte Herr Dr. Schmidt für die Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau einen **Änderungsantrag** ein, der auch schon im Haushaltsausschuss vorgetragen wurde, der lautet:

**Die Haushaltsstelle Planungsleistungen für die Brücke Hermann-Köhl-Straße mit 75 T€ in diesem Jahr und den Ausbau der B 184 im Bereich Mannheimer Straße mit 60 T€ soll gestrichen und dafür die Bildung einer Haushaltsstelle „Planung von kommunalen Straßen“
Ausgabe neu: 135 T€.**

Die Begründung liegt darin, dass beide Straßenabschnitte derzeit leistungsfähig und in einem guten Zustand sind und man nicht sehe, dass mit dem Lückenschluss der Westumfahrung, also der Bahnhofstraße, es zu einem Verkehrschaos an dieser Stelle kom-

men kann. Andererseits ist es notwendig, dass in die Instandsetzung und Ertüchtigung von Straßen in den Ortsteilen ein zunehmendes Gewicht gesetzt wird. Mit der Steuerung der Mittel gehe man genau in die richtige Richtung, eine entsprechende Prioritätenliste wäre dann in den Ortschaften und auch im Bauausschuss abzustimmen.

Die **SPD-Fraktion** sei angesprochen worden, Personalkosteneinsparung auch blockiert zu haben, stellte **Herr Eichelberg** seinen Ausführungen voran. Dies sei nicht richtig. Er fragte, ob denn Personalkosteneinsparung betriebsbedingten Kündigungen gleichzusetzen seien, oder ob nicht über Jahre die Forderung nach einem Personalentwicklungskonzept erhoben wurde, womit gearbeitet werden kann. Habe die SPD-Fraktion nicht auch die Stundenreduzierung gegenüber Ver.di mitgetragen? Man wisse auch, dass Rödl + Partner gerade eine Studie durchführt. Es gehe nur darum, dass man eine Verantwortung gegenüber der Stadt hat, wozu natürlich auch gehöre, zu sehen wenn eine Stadt schrumpft oder bestimmte Dinge in der Stadt nicht mehr getätigt werden, wie entwickelt sich das Personal. Dabei gehe es nicht darum, dem Personal Ängste zu verursachen. Es gehe um Personalkosteneinsparung, das heißt nicht Kündigung. Des Weiteren wies Herr Eichelberg darauf hin, dass es in der Stadtverwaltung eine Überalterung gebe, was bedeutet, dass sich vieles von selbst erledigt.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, bekräftigte das von Herrn Eichelberg Gesagte und bat darum, im Sprachgebrauch darauf zu achten, dass bestimmte Dinge auch unterschwellig verletzenden Charakter haben. Des Weiteren betonte Herr Hoffmann, seine Fraktion unterlaufe keine Beschlüsse, die Übertragung von Kindereinrichtungen war auf dem eingeschlagenen Weg einfach nicht möglich. Der Eigenbetrieb ist die Alternative, dessen Effekt, was die Frage des Umgehens mit dem Personal betrifft, ist der gleiche wie bei der Übertragung. Grundsätzlich korrigierte Herr Hoffmann zu dem Gesagten, wenn man hier vom Personalkonzept und Personalanpassungsszenarien redet, heißt das nicht automatisch Personalentlassung. Das sei eine konservative Denkrichtung, welche ihm nicht gefällt. Es gebe andere Städte, die Konzepte entwickeln, wo in Sozialbetriebe investiert wird, die bestimmte Aufgaben für die Kommune übernehmen, wo man mit Personal weiterarbeiten kann, ohne Entlassungen vorzunehmen. Es mache Mühe und bedarf auch Zeit, muss und kann aber gemacht werden. Damit werde auch nicht unbedingt ein Tarifvertrag ausgehebelt.

Halbwahrheiten sind immer noch ganze Lügen, erklärte **Frau Storz, SPD-Fraktion**. Insofern ging sie auf die erwähnten 10.600,- € der Moses-Mendelssohn-Gesellschaft ein. Die Zuschüsse in dieser Höhe werden von der Moses-Mendelssohn-Gesellschaft vorher an die Stadt über eine Miete, die die Stadt erhebt, eingezahlt. Darüber hinaus zahlt die Moses-Mendelssohn-Gesellschaft sämtliche Nebenkosten selbst und öffnet dafür für die Stadt kostenfrei die Synagoge im Wörlitzer Park als auch das Bauhaus-Erbe im Mittelring. Es ist also ein Plus für die Stadt.

Zum Haushalt führte Frau Storz aus, im letzten Finanzausschuss konnte sie sehen, dass die strukturelle Umgestaltung der Stadtverwaltung auf dem richtigen Weg ist. Die Phase der Ämterzusammenlegung baten wir vorzuziehen vor die Einführung der Doppik, um die Effekte, die aus den strukturellen Veränderungen kommen, auch vorher in den Haushalt finanziell einfließen lassen zu können. Das wurde mit aller Behutsamkeit gemacht und sei Sache des Hauptausschusses, welcher ein sehr wichtiges Organ in der Stadt sei. Sie ermunterte dessen Mitglieder, in der vom Finanzausschuss vorgeschlagenen Weise auch weiter fortzufahren.

In den nächsten Wochen und Monaten werden ganz andere Schlachtfelder die Stadtfinanzen bestimmen, merkte Frau Storz an. Das sind die städtischen Betriebe, welche man im städtischen Beteiligungsbericht gefunden habe. Sie denke dabei auch an die DWG und erinnerte daran, dass die SPD auch für den Erhalt der städtischen Wohnungen in der Stadt zu bezahlbaren Preisen vehement eingetreten ist. Frau Storz denke, dass man hier in den nächsten Jahren noch mehr Probleme haben werde und bat, das Augenmerk sehr sachlich darauf zu richten und sich nicht in Spiegelfechtereien zu verzetteln.

Er sei ebenfalls von der Notwendigkeit der Beschlussfassung am heutigen Tage überzeugt und wisse auch nicht, was uns die Steuerschätzung im nächsten Monat bringen wird, erklärte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. Aus diesem Grund, auch wenn er mit einigen Teilen nicht zufrieden ist, worüber er aber heute nicht diskutieren wolle, weil es in den Ausschüssen bereits erfolgte, bat er alle Stadträte um Zustimmung, damit die Vorlage des Haushaltes beim Landesverwaltungsamt noch möglich wird.

Auf zwei Punkte, die von Vorrednern angesprochen wurden, eingehend, führte Herr Bönecke aus, bei der Frage des Personals sei die Aussage von Herrn Dr. Schmidt nicht ganz richtig gewesen. Der momentan bestehende Haustarifvertrag ist nicht mit der Zustimmung des Stadtrates erfolgt, sondern ausdrücklich durch den Oberbürgermeister nur dem Haupt- und Personalausschuss zur Kenntnis gegeben worden. Weiterhin müsse berücksichtigt werden, dass Personalpolitik, so wie sie von Herrn Pätzold s. E. angemahnt wurde, heißt, dass man mit den hausinternen Ressourcen zu vorderst arbeitet und nach Möglichkeit Neueinstellungen von außen vermeidet. Ihm seien aber zumindest 7 Neueinstellungen von außen bekannt geworden, die in der Form teilweise nicht zwingend erforderlich waren. Dabei rede man in der Haushaltskonsolidierungszeit bis 2015 bzw. 2016 über eine Summe von 2,5 bis 3 Mio. €, die möglicherweise bei einer ordentlichen Personalführung und -qualifizierung hätten eingespart werden können.

Der Stadtrat sei eine Gemeinschaft, ein Boot und brauche einen Haushalt, erklärte **Herr Bähr, FDP-Fraktion**. Was bisher gelaufen sei, war z. T. Spiegelfechterei. Er denke, der Haushalt sei so, auch wenn der eine oder andere ungedeckte Scheck darunter ist, dass man ihn beschließen sollte. Der Haushalt sei s. E. genehmigungsfähig und heute für die meisten Parteien beschlussfähig. Herr Bähr bat deshalb um Abstimmung und auch darum, mit den gegenseitigen Sticheleien und Fensterreden aufzuhören, es gehe um die Stadt und nicht um unsere Parteien.

Frau Ehlert betonte, es wurde heute hier nicht von der **Fraktion Die Linke** von Personalabbau gesprochen und auch nicht von Ablehnung war die Rede. Unbedingt wolle sie an dieser Stelle ihren Dank aussprechen und den Schulen mitteilen, dass mit der heutigen Beschlussfassung des Haushaltsplanes endlich die Freitische gemäß Schulgesetz auch in unserer Stadt möglich sind. Dafür habe sich ihre Fraktion eingesetzt und sie denke, viele Kinder und Familien werden sich über diese Maßnahme freuen.

Er habe kein Verständnis für die Ablehnung der Landesregierung, uns Mittel aus dem Ausgleichstock zu geben, denn letztendlich habe sie mit der Änderung des FAG anerkannt, dass sie uns Jahrzehnte Gelder vorenthalten hat für die Aufgaben, die die Stadt trage und die Ursache für das Haushaltsdefizit sind, erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**.

An Frau Nußbeck richtete **Herr Otto** die Frage, ob im Haushalt das von der Landesregierung beabsichtigte und durch den Landtag in der Sondersitzung beschlossene Konjunkturpaket mit der Entschuldungsregelung für die Kommunen, welches der Finanzminister in der Sparkasse vorgestellt hat, enthalten ist. Wenn dies beschlossen wurde, könne es in den Haushalt einfließen und verbessere sicherlich die Haushaltssituation. Das zwingt zwar trotzdem zum Sparen, für ihn wäre aber auch die Aussage wichtig, wie viel wir, wenn das Paket greift, an Schuldenabbau ermöglichen können.

Den von Herrn Bähr angestellten Vergleich, wir sitzen alle in einem Boot, aufgreifend, führte Herr Otto an, er habe aber das Problem, dass man in alle Richtungen rudert. An Herrn Weber gerichtet, erinnerte er daran, dass vor Jahren alle Ämter im Hauptausschuss vorgestellt und Aufgabenkritik durchgeführt wurde. Es wurde beschlossen, wo Personalabbau notwendig ist und wo die Stadt sagt, wir können es uns aufgrund der Haushaltslage nicht mehr leisten, bestimmte Dinge nicht durchzuführen. Als Beispiel führte Herr Otto das Museum an, bei dem bestimmte Dinge erhalten und präsentiert, aber nicht geforscht werden muss, da dies Sache der Hochschulen ist oder das Land dafür das Geld geben muss. Dazu bestand Konsens und wurden Beschlüsse gefasst, die bis heute nicht umgesetzt worden sind. Herr Otto appellierte, sich bei den zukünftigen Haushaltsdiskussionen davon leiten zu lassen, was kann diese Stadt unter dieser Haushaltssituation und was muss sie leisten.

Abschließend bemerkte Herr Otto, die Wirtschaft mache es bereits vor, dass die Einführung von Kurzarbeit für das Überhangpersonal erwogen werden könnte.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, sagte, er wisse nicht, wie man es lösen kann, dass das Miteinander in diesem Rat wieder im Vordergrund steht. Dies könne Aufgabe in den nächsten Tagen und Wochen sein, wozu aber Beiträge bestimmter Personen und Gruppen nötig sind. Er halte es für möglich und nicht für ausgeschlossen. Zur Aufklärung teilte er mit, seine Fraktion werde heute dem Haushalt zustimmen, aber dem Haushaltskonsolidierungskonzept aus bekannten Gründen nicht.

Zur Erläuterung des von Herrn Otto erwähnten 2. Bausteines des Konjunkturpaketes führte **Frau Beigeordnete Nußbeck** aus, es nenne sich „Stark II“, womit beabsichtigt ist, für die Kommunen ein Entschuldungsprogramm aufzulegen, das sie in die Lage versetzt, ab 2019, wenn die Sonderzuweisungen für das Fördergebiet II wegfallen, bis dahin einen Stand zu erreichen, von den Schulden so weit herunter gekommen zu sein, aus eigener Kraft wieder einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Wie den Pressemeldungen entnommen werden konnte, gibt es einen Entschuldungspakt innerhalb der Bundesrepublik, in dem es Geber- und Nehmerländer gibt. Zu den Nehmerländern gehört Sachsen-Anhalt und die Stadt Dessau-Roßlau werde aus diesem Paket Geld erhalten. Dieses Geld ist zur Entschuldung zu verwenden.

Das Programm soll so funktionieren, dass ab 2010 Kredite der Kommunen und damit auch der Kapitaldienst durch das Land übernommen werden. Die ersparte Differenz der Kommunen ist beim Kapitaldienst dazu zu verwenden, den übrigen Kapitaldienst zu erhöhen, also die Rate von Tilgung und Zinsen soll gleich bleiben, man werde am Ende aber früher fertig. Es sollen also bis 2019 so viel wie möglich Schulden abgetragen werden. Große Hinderung ist, dass natürlich alle Kommunen aus finanziellen Gründen ihre Kreditlaufzeit sehr lang gestreckt haben und man einen Kredit ohne eine Vorfälligkeitsentschädigung im Prinzip nur vorzeitig auflösen kann, wenn die Zinsbindung endet.

Die Stadt Dessau-Roßlau sei in einer sehr komfortablen Lage, weil in den nächsten Jahren Zinsbindungen enden. Das wurde für uns schon durchgerechnet und wäre ein erquicklicher Betrag, was im Finanzausschuss intensiv diskutiert werden könne.

Aber, schränkte Frau Nußbeck ein, bis zum Jahresende will das Finanzministerium überhaupt erst das Gesetz erlassen. Im Moment sei nicht klar, wonach sich die Bedürftigkeit richtet und welche Voraussetzungen die Kommune erfüllen muss. Auch der Widerspruch ist nicht aufgelöst, dass es selbstverständlich bedürftige Kommunen gibt, die tatsächlich in den nächsten 5 Jahren, wo dieses Entschuldungsprogramm laufen soll, keinen einzigen Kredit haben, wo die Zinsbindung ausläuft und sie theoretisch nicht umschulden können. Darüber werde im Moment nachgedacht. Es gibt eine statistische Erhebung des Landes, wie in den Kommunen die Zinslaufbindungen sind. Im Moment sei in der Diskussion, wie dieses Problem gelöst werden soll. Im Herbst soll das Gesetz vorliegen, weil es ab 01.01.2010 greifen soll.

Die Einführung und Beratung zum Haushaltsplan 2009 wurde damit geschlossen und der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** rief zur Abstimmung der Unterlagen auf.

7.1 Haushaltskonsolidierungskonzept 2009 und Folgejahre **Vorlage: DR/BV/482/2008/II-20**

Das Haushaltskonsolidierungskonzept fand mehrheitlich die Zustimmung des Stadtrates.

Abstimmungsergebnis: 30:09:03

7.2 Haushaltssatzung 2009 Haushaltsplan 2009 Finanzplan 2009 **Stellenplan 2009** **Vorlage: DR/BV/494/2008/II-20**

Der Änderungsantrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen

die Haushaltsstelle Planungsleistungen für die Brücke Hermann-Köhl-Straße mit 75 T€ in diesem Jahr und den Ausbau der B 184 im Bereich Mannheimer Straße mit 60 T€ soll gestrichen und dafür
die Bildung einer Haushaltsstelle „Planung von kommunalen Straßen“
- Ausgabe neu: 135 T€ - erfolgen,

wurde bei 15 Zustimmungen und 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Stadtrat gab der Haushaltssatzung, dem Haushaltsplan, dem Finanzplan und dem Stellenplan 2009 mehrheitlich seine Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: 37:00:05

8. Beschlussfassungen
8.1 Bestellung des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/019/2009/V-50

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die anwesende Frau Scheer-Daniel vor. Fragen an sie gab es nicht.

Der Bestellung wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

Frau Scheer-Daniel erhielt das Wort und bedankte sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen. Sie gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass mit ihrer Unterstützung die Behindertenarbeit weiterentwickelt wird.

8.2 Beteiligung an der bundesweiten Initiative - Orte der Vielfalt
Vorlage: DR/BV/120/2009/I-OB

Herr Bähr, FDP-Fraktion, bemerkte, beim Lesen der Vorlage ist die Frage aufgetreten, was die Gegenleistungen sind, die wir erhalten. Man gehe Verpflichtungen für eine bestimmte Laufzeit ein, deren Dauer nicht in der Vorlage stehe. Ansonsten gibt es eine Anlage 2 und einen Flyer (Anlage 3), der auch nicht ausgereicht wurde. Vielleicht hätte das gereicht, um hier Antworten auf diese Fragen zu erhalten.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.3 Satzung über die Einrichtung der Feuerwehr und die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten für die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/044/2009/II-37

Herr Weber, CDU-Fraktion, legte dar, die Fraktion werde der Vorlage gern zustimmen. Er betonte aber, dass man im vergangenen Jahr gesagt habe, es sei anzustreben, die Wehrleiter und deren Stellvertreter so zu stellen, wie die Stadträte, die eine Aufwandsentschädigung bekommen. D. h., die derzeit festgeschriebene Aufwandsentschädigung ist in den nächsten Jahren auf das Niveau der Stadtratsentschädigungen anzuheben.

Die Satzung wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

8.4 Ersatzbeschaffung eines Teleskop-Hubrettungsfahrzeuges für die Berufsfeuerwehr Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/053/2009/II-37

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**8.5 Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von
Benutzungsentgelten im Rettungsdienst (Gebührensatzung)
Vorlage: DR/BV/085/2009/II-37**

Die Satzung wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**8.6 Maßnahmebeschluss zur Eingliederung des Zytostatika-
Herstellungsbereiches in das ehemalige Wirtschaftsgebäude (BA 5.2)
Vorlage: DR/BV/035/2009/V-SKD**

Frau Storz, 2. Stellvertreterin des Stadtratsvorsitzenden, stellte die Frage, ob es eine Ausschreibung gegeben hat, wer sich daran beteiligte und wie das Ergebnis war.

Nachdem eine schriftliche Beantwortung zugesagt wurde, beantragte Frau Storz die Rückverweisung und nochmalige Behandlung. **Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur**, erklärte, es handele sich zunächst um einen Maßnahmebeschluss. Die weiteren Schritte werden dann gesetzeskonform durchgeführt.

Frau Storz zog ihren Antrag daraufhin zurück.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:01:00

**8.7 Maßnahmebeschluss zur Errichtung des Bauabschnittes 5.1
des Ersatzneubaus Städtisches Klinikum Dessau
Vorlage: DR/BV/036/2009/V-SKD**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

**8.8 Entsendung von drei Mitgliedern des Stadtrates
in den Beirat der Volkshochschule
Vorlage: DR/BV/056/2009/V-40**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:04

**8.9 Fortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung
(MitSEPI) der Stadt Dessau-Roßlau für den Planungszeitraum
2009/2010 bis 2013/2014
Vorlage: DR/BV/083/2009/V-40**

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, sowohl zu dieser als auch zur nächsten Vorlage als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und

Sport Ausführungen zu machen. Es sei ein umfangreiches Dokument, was der Amtsleiter, Herr Wolfram, kurz und knapp im Ausschuss erläutert hat. Es habe im Ausschuss ein einstimmiges Votum gegeben, weshalb er dafür werbe, die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung anzunehmen. Sie berücksichtigt die vorhandenen demografischen Veränderungen und habe gewisse Anpassungen im Schulnetz im Sekundarschulbereich oder auch in der Verlagerung von Standorten. Wichtig sei, dass das Problem der Berufsschüler ausgeklammert ist, weil es dazu eine separate Regelung gibt, die in ein oder zwei Jahren mit einem Nachtrag behandelt werden müsse.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

**8.10 Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau
- Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2009
Vorlage: DR/BV/063/2009/VI-60**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**8.11 Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest
- Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2009
Vorlage: DR/BV/066/2009/VI-60**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:01:00

**8.12 Sanierungsgebiet Dessau-Nord
- Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2009
Vorlage: DR/BV/064/2009/VI-60**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**8.13 Entwicklungsgebiet Dessau-Kochstedt
- Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2009
Vorlage: DR/BV/082/2009/VI-60**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

**8.14 Aufstellungsbeschluss für die 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 200
(ehemals Nr. 27) "An der Birkenallee" im Stadtteil Roßlau
Vorlage: DR/BV/057/2009/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

- 8.15 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 212
"Klinik- und Gesundheitszentrum"
Vorlage: DR/BV/075/2009/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:02

- 8.16 Satzungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 37 "Shopping- und Dienstleistungszentrum Franzstraße / Askanische Straße"
Vorlage: DR/BV/087/2009/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

- 8.17 Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 212
"Klinik und Gesundheitszentrum"
Vorlage: DR/BV/074/2009/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:02:00

- 8.18 Grundhafte Erneuerung der B 184 zwischen Dessau und Roßlau
Teilabschnitt Stadtgrenze Dessau - Peisker Brücke
Anteil der Straßenbaulastträgerschaft der Stadt Dessau - Roßlau
zwischen Rosenhof und OD - Grenze - Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/051/2009/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:03:00

- 8.19 Kalkulation der Kosten eines Platzes einer kommunalen
Kindertageseinrichtung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/214/2008/V-51**

Herr Hoffmann, 1. Stellvertreter des Stadtratsvorsitzenden, erklärte, dass sich der zuständige Jugendhilfeausschuss intensiv mit dieser und den 2 folgenden Vorlagen beschäftigt hat. Er dankte der Elternschaft für die Mitwirkung an der Diskussion zu den Unterlagen und gab die Empfehlung, künftig bei solchen Themen von vornherein in diese Verfahrensweise im Sinne von best practice einzusteigen. Man habe das fachlich bewertet und sich als Fachausschuss dieser Vorlagen nicht entzogen.

Damit keine Missverständnisse auftreten, stellte Herr Hoffmann fest, was er im Jugendhilfeausschuss auch getan hat, dass es im Haupt- und Personalausschuss zu diesen Vorlagen auch eine Diskussion gab. Dem Jugendhilfeausschuss ist diese Diskussion bekannt und es wurde in Richtung Dr. Raschpichler eine Aufgabe mit auf den Weg ge-

geben, sich eindeutig zu positionieren, wie der Ablauf bei der Umsetzung des Beschlusses zum Thema Eigenbetrieb sein soll. Es mache Sinn, dass der Haupt- und Personalausschuss mit Nachdruck diese Aufgabe gestellt hat, dass uns heute gesagt wird, wie die zeitliche Abfolge ist. Ansonsten gab der Jugendhilfeausschuss seine Zustimmung zur Vorlage.

Es bleibe die Aufgabenstellung aus der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Haupt- und Personalausschusses, dass die Terminkette zur Bildung des Eigenbetriebes gestrafft werden soll, um das klare Ziel der Eigenbetriebsgründung und Aufnahme der Arbeit per 01.01.2010 auf den Weg zu bringen, bemerkte **Herr Schönmann, Fraktion Die Linke**. Diesbezüglich bat er Herrn Dr. Raschpichler die Eckpunkte darzulegen.

Entgegnend legte **Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur**, dar, dass die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses wissen, dass es eine kleine zeitliche Verzögerung bezüglich der Besetzung der Stelle der Projektleitung für diese Gründung des Eigenbetriebes gab. Hierzu zeichnet sich in den nächsten Tagen eine Lösung ab. Man müsse schauen, dass das Projektteam mit der Arbeit beginnen kann. Ziel sei trotz aller Verzögerungen, bis zum Jahresende die Bildung des Eigenbetriebes so abzuschließen, dass man zum 01.01.2010 mit einem Eigenbetrieb beginnen kann.

Innerhalb der Projektgruppe werde man noch einmal verschiedene Facetten, auch der Struktur des Eigenbetriebes, im Detail beleuchten müssen, vor allem hinsichtlich der Aufgabenübertragung in diesen Betrieb hinein. Nicht nur die Frage der Personalübertragung, sondern auch die Übertragung der Immobilie der entsprechenden Kindereinrichtung werde eine Rolle spielen. Es müssen also noch viele Dinge besprochen werden. Mit Hilfe der Stadträte könne es gelingen, diesen ehrgeizigen Zeitplan einzuhalten.

Herr Schönmann, Fraktion Die Linke, verwies darauf, dass die Art der Diskussion und die Beteiligung der Eltern und des Rates eine neue Qualität darstellen. Er bitte aber in der heutigen Niederschrift festzuhalten, dass man einen von Herrn Dr. Raschpichler zugearbeiteten Terminplan mit Eckpunkten zur Vorgehensweise erwartet. Damit könne man der Vorlage zustimmen.

Die Erarbeitung eines Terminplanes wurde von **Herrn Dr. Raschpichler** zugesagt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 31:02:07

8.20 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Entgelten für die Benutzung der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: DR/BV/215/2008/V-51

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, er habe an der Jugendhilfeausschusssitzung, welche nach der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses sowie des Finanzausschusses stattgefunden hat, teilgenommen. Nachdem die ursprünglichen Vorschläge in den beiden Ausschüssen keine Mehrheit

gefunden haben, sollte hier ein entscheidendes Votum herbeigeführt werden. Der mit der ausgereichten geänderten Vorlage ausgehändigte Protokollauszug zur Diskussion sei nicht zu seiner Zufriedenheit ausgefallen.

Es wurde lange diskutiert, wie wir uns als Stadt in der Zumessung der Kosten für die Eltern an eine Obergrenze von 19 % binden wollen. Die Aussage war eindeutig, dass es sich bei den 19 % um die Erzielung, gemessen an den Gesamtkosten abzüglich der Landeszuwendung, handeln soll und von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses wurde angestoßen, nicht auf den einzelnen Platz herunter zu rechnen. Seine Kritik war dann gewesen, den Bezug auf den einen Platz, der auch in der Vorlage wieder auftaucht, wegzulassen. Er wolle also im Protokoll die Zielrichtung aufgenommen haben, dass die Stadt sich bei der Erzielung von Einnahmen an eine prozentuale Grenze hält. Diese sei ein Stück variabel in dem Maße, wie die Kosten sich verändern und damit dann auch die Landeszuschüsse.

Darüber hinaus bringe er noch einen Änderungsantrag ein. In den Verhandlungen zwischen der Verwaltung, dem Jugendhilfeausschuss und den Eltern gab es einen Kompromiss, der bei der umstrittenen Geschwisterermäßigung, die ursprünglich einer der Auslöser für die Änderung dieser Passagen in der Kostensatzung war, weil sie nicht gerichtsfest in der alten Satzung war, eine Art hypothetischen Mengenrabatt herausstreicht. Das finde man in der neuen Satzung, § 3 Ermäßigungen in der Anlage A. Im ersten Absatz ziele seine Kritik auf den 2. Satz: „Berücksichtigt werden alle Kinder in der Familie, die gemäß § 3 Abs. 1 und 2 KiFöG einen Anspruch auf Tagesbetreuung haben.“ Das sind also Kinder bis 14 Jahren, die nach Kindertagesstätte und Krippe auch noch einen Hort besuchen könnten. In allen Sozialgesetzgebungen sei es üblich, sich in solchen Fällen auf den Bezug von Kindergeld abzuheben, was man bisher in der alten Satzung auch getan habe. Sein **Änderungsantrag** laute deshalb wie folgt:

§ 3 (1) Satz 2 soll geändert werden: „Berücksichtigt werden alle Kinder in der Familie, für die Kindergeld gemäß Kindergeldgesetz des Bundes gezahlt wird.“

Damit wäre die alte Regelung enthalten. Die Stadt nehme etwas weniger ein, aber es sei so, dass die Kinder, die aus diesem Alter herausgewachsen sind, für die Familien die teuersten Kinder sind. Es gehe dann um die Oberschüler, Studenten oder Auszubildenden, soweit sie kein Entgelt dafür erhalten. Ihm sei nicht klar, warum man auf der einen Seite auf die ursprünglich erwarteten zusätzlichen Einnahmen aus höheren Einkommen verzichtet, was in der geänderten Bundesgesetzgebung, die ursprünglich mal dazu geführt hatte, dass wir das ändern sollten, begründet liege, andererseits aber hier die Familien mit mehreren Kindern, die teurer sind als in Kindertagesstätten und Grundschulen, nicht mehr bei der Ermäßigung berücksichtigen. Deshalb stelle er diesen Änderungsantrag.

Über diesen Antrag habe man im Fachausschuss gesprochen, erwiderte **Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales**. Was Herr Giese-Rehm beantragte, sei zwar nachvollziehbar, aber wie er selbst dargelegt habe, hätte man eine veränderte Einnahmesituation, die er jetzt im Einzelnen nicht hochzurechnen vermag. Vielleicht könne dies das Jugendamt, was heißen würde, dass sowohl der Kompromiss mit der Elternschaft, als auch der Kompromiss innerhalb der Verwaltung, auch mit ein Konsolidierungsziel zu erreichen, in Frage stehen. D. h. wenn der Antrag

mehrheitsfähig wäre, schlage er die Rückverweisung an den Finanzausschuss vor, um die Auswirkungen zu diskutieren.

Der **Änderungsantrag** wurde mehrheitlich **abgelehnt** (14:18:08).

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 29:00:11

8.21 Neufassung der Satzung über die Nutzung der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: DR/BV/216/2008/V-51

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

8.22 Stadt Dessau-Roßlau gegen ausbeuterische Kinderarbeit

Vorlage: DR/BV/504/2008/CDU

Als Einbringerin der Vorlage erläuterte **Frau Lohde, fraktionsloses CDU-Mitglied**, Bund, Länder und Kommunen erteilen Jahr für Jahr Aufträge im Wert von 250 bis 300 Milliarden Euro, seien also wichtige Verbraucher. Inzwischen haben in den neuen Bundesländern globalsoziale Aspekte in der Beschaffung einen hohen Stellenwert und 150 Kommunen setzen sich mit den Auswirkungen ihres Handelns in anderen Teilen der Welt auseinander. Dem sollte man sich anschließen. Bezüglich der sozialen Verantwortung der Kommunen zitierte sie Herrn Christian Uhde, SPD und Präsident des Deutschen Städtetages: „Der Deutsche Städtetag begrüßt und unterstützt ausdrücklich den Einsatz der Eine-Welt-Landesnetzwerke zur Berücksichtigung sozialer Kriterien im öffentlichen Auftragswesen. Wenn man bedenkt, unter welchen menschenunwürdigen Bedingungen manche Produkte hergestellt werden, die auch von öffentlichen Auftraggebern gekauft werden, wird einem klar, dass es notwendig ist, die gesundheitlichen und sozialen Rahmenbedingungen in den Herkunftsländern dieser Erzeugnisse erheblich zu verbessern.“

Der Deutsche Städtetag halte es also für eine soziale Verantwortung der Städte, auf solche Belange Rücksicht zu nehmen. Weiterhin zitierte sie Herrn Thomas Maibaum, Justiziar der Bundesarchitektenkammer, aus einem Beitrag zum Vergaberecht, dass dort, wo der Produktionsfaktor Mensch bei der Wertschöpfung eine Rolle spielt, mithin derjenige einen Wettbewerbsvorteil erwirbt, der für geleistete Arbeit wenig oder fast gar nichts bezahlt. So werden Sklaverei und Kinderarbeit zum Wettbewerbsvorteil auch für den deutschen Markt. Soziale Marktwirtschaft heißt u. a., bei grundsätzlicher wirtschaftlicher Freiheit unsoziale Auswirkungen zu verhindern und Wohlstand für alle zu schaffen. Und dieser Anspruch an die soziale Marktwirtschaft wird durch die Globalisierung wirtschaftlicher Tätigkeit nunmehr eine offensichtliche globale Aufgabe. Sich gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu positionieren, ist inzwischen parteiübergreifendes Anliegen. In diesem Sinne wolle Frau Lohde heute auch werben.

Der Bayrische Landtag startete im Juli 2007 bereits einen fraktionsübergreifenden Beschluss mit CSU, SPD und Grüne. Im Deutschen Bundestag wollen zunächst Die Lin-

ken und die Grünen bei öffentlichen Aufträgen sozialökologische Anliegen und Tarif-treue durchsetzen. Innerhalb der CDU gründete sich die CDA Dessau-Roßlau im August 2008 und arbeitet seit September 2008 vor Ort an der bundesweiten Kampagne gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Ebenso schloss sich unser Landtag mit einem Antrag der Fraktionen CDU, Linke, SPD und FDP an. Die Öffentliche Hand habe Vorbildfunktionen, auch bei der Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards im Beschaffungswesen. Daher müsse ein solcher Beschluss selbstverständlich sein.

Sich auf ein Zitat beziehend, fragte Frau Lohde, ob es wirklich verantwortbar ist, dass aus Kostengründen beim Bau neuer Schulen Steine zum Einsatz kommen, die von Kindern unter lebensgefährlichen Umständen in ausländischen Steinbrüchen bearbeitet wurden. Stehen Kommunen und Gemeinden hier nicht in der Pflicht, öffentliche Gelder sozialverantwortungsbewusst auszugeben? Sollten sie ihre gewichtige Marktstellung, darauf weise sie nochmals hin, nicht zu einer Umorientierung von Konsummustern nutzen, um mit starker öffentlicher Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen mit garantierten ökologischen und sozialen Standards Handel und Industrie Anreiz zu bieten, ihre Angebote nachhaltig zu gestalten? Heute sollte das beschlossen werden, was anderen Ortes selbstverständlich ist, nämlich den weltweiten Einsatz für Menschenrechte. Man sollte dieses Zeichen auch in Dessau setzen, unabhängig davon, dass es vergaberechtliche Probleme, Fragen von Zertifizierungen, Machbarkeit und Umsetzungen gibt. Frau Lohde übergab Herrn Koschig das Buch „Sozialstandards in der öffentlichen Beschaffung“, worin man Anregungen zu Satzungsänderungen, Umsetzungsanleitungen und Erfahrungen aus anderen Kommunen findet. Abschließend betonte sie, man sei bei der Umsetzung nicht allein, sondern es sei eine bundesweite Initiative und europäisches Gesetz, was auch für uns gelte.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, unterstützte das von Frau Lohde Gesagte und bestätigte die Richtigkeit ihrer Aussagen. Trotzdem brachte er einen **Änderungsantrag** ein. Bei der Beschaffung arbeite man nicht nur mit Dingen, die von Kinderhand geschaffen oder von Kindern mit hergestellt wurden, sondern es gehe dabei auch um Ausbeutung anderer Leute, speziell von Frauen, die teilweise in sklavenähnlichen Zuständen gehalten werden, auf den Feldern, in den Spinnereien, wo auch immer. Das setze sich bei schlecht bezahlten, unter übelsten Arbeitsbedingungen arbeitenden Männern fort. Die Kinder markieren hier den untersten Bereich. Außerdem, wenn man von den Arbeitsbedingungen rede, die auch in Europa nicht überall hinreichend unseren Vorstellungen entsprechen, sei zu beachten, dass bei der Beschaffung unsere mit einer relativ großen Einkaufsmacht versehene Stadt und Betriebe, auch Aspekte zu berücksichtigen hat, wie die Transporte dieser Waren in unsere Stadt eingehen. Auch hier gebe es Bedingungen, die nicht nur umweltökologisch, sondern von den Arbeitsbedingungen her, etwa für Seeleute aus Fernost, übler Art sind. Herr Giese-Rehm wolle den **Antrag von Frau Lohde** mit drei Punkten **ersetzen**, weshalb er folgenden Änderungsantrag stellte:

1. **Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, umgehend ihre Beschaffung nach den Kriterien dieses Beschlusses zu überprüfen und dazu bis zum 30. Juni 2009 dem Stadtrat zu berichten.**
2. **Die Kriterien umfassen den Ausschluss von ausbeuterischer Kinderarbeit und unsozialen Arbeitsbedingungen; sie orientieren sich im Sinne von best practices an Umweltverträglichkeit und größtmöglicher Standortnähe zu Dessau-Roßlau.**

3. Diese Kriterien gelten sowohl für Ursprung und Herstellung der verwendeten Materialien als auch für Weiter- und Endbearbeitung bzw. Leistungserbringung des Auftragnehmers.

Er forderte dazu auf, jetzt erneut in die Überprüfungsrunde zu gehen und es mit einem klaren Termin zu versehen. Dies bedeute eine Präzisierung des Antrages und des Prüfungsauftrages, der bereits in der Stadtverwaltung abgearbeitet wird. Wenn Ergebnisse vorliegen, solle in den Gremien überlegt werden, wie das notfalls mit weiteren Beschlüssen untersetzt werden kann. Herr Giese-Rehm gab zu bedenken, dass auf dem Marktplatz seines Wissens auch schon chinesischer Granit verwendet wurde, und man sollte selber kontrollieren und nachvollziehen können, wie die Dinge hergestellt werden und wo sie herkommen. Für ihn sei der Punkt der größtmöglichen Standortnähe wichtig. Natürlich müsste dann eine solche Maßnahme, wenn sie in großem Maßstab greifen soll, auch ergänzt werden durch Programme, mit denen verhindert wird, dass betroffene Menschen, Arbeitnehmer, Kinder Schule bekommen und die Erwachsenen sich das Auskommen sichern können. Das gehöre zusammen, sei aber bisher antragsmäßig getrennt, weil es ein eigenes Profil und ein eigener Auftrag ist.

Oberbürgermeister Koschig erklärte, er könne dem zustimmen, wenn der Stadtrat dem Vorschlag zur Überweisung an den zuständigen Fachausschuss zustimmt. Hier gehe es um Vergabep Praxis. Wenn man hier etwas zustimmt, sollte sich der Stadtrat damit sehr intensiv beschäftigen.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, legte dar, der vorliegende Beschlussantrag sei bereits in vielen deutschen Städten beschlossen, aber auch in einigen Städten abgelehnt worden. Der Landtag habe sich damit beschäftigt und der Wirtschaftsminister habe dazu eine Vergaberichtlinie erarbeitet, wie staatliche Aufträge in Zukunft vergeben werden sollen. Im Februar 2009 hat dazu bereits der Bundesrat die Modernisierung des Vergaberechts beschlossen, so dass wir uns, wenn wir uns damit beschäftigen, auf rechtlicher Grundlage befinden, was in den Vergaberichtlinien der Stadt einfließen müsse. Kinderarbeit ist immer ausbeuterisch, egal in welcher Form und wo Kinder unter welchen Bedingungen arbeiten müssen. Kinder sollten sich gesund ernähren, spielen, lernen und lesen können und einen effektiven Gesundheitsschutz erfahren. Diese Forderungen sind aber nicht Gegenstand des heutigen Antrages. Diese Ziele sind nur zu erreichen, wenn es endlich in diesen Ländern Gesetze gibt, die diese Grundrechte der Kinder sicherstellen und auch noch die nötigen finanziellen Mittel zur Umsetzung der Gesetze vorhanden sind. Das fordern auch die Vereine, die sich mit Kinderrechten aus den Entwicklungsländern befassen. Die Entwicklungshilfe, die Deutschland leistet, sei dabei ein kleiner Teil, um das Problem Kinderarbeit zu lösen. Der heutige Antrag und auch der Änderungsantrag können die Probleme der Kinderarbeit und der Kinderarmut auf den Kontinenten nicht lösen, denn auch in Deutschland finde Kinderarbeit statt, da das Grundproblem Kinderarbeit und die Armut in den Ländern nicht beseitigt werden. Die Schätzung der internationalen Arbeitsorganisation ILO sage aus, dass ca. 250 Millionen Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren arbeiten und davon 120 Millionen ganztags. Laut internationalen Kinderorganisationen, einschließlich Unicef, ist ein undifferenziertes Verbot von Kinderarbeit für viele Familien, vor allem in Südostasien, Afrika und Lateinamerika nicht ganz problemlos. Die GEW vertritt folgenden Standpunkt: Ein generelles Verbot der Kinderarbeit bedeutet für Kinder eher Nachteile als Vorteile. Es berücksichtigt nicht die spezifischen Umstände der Kinder und ihrer Familien und kann dort, wo das Arbeitseinkommen der Kinder für das Überleben unverzichtbar ist, die Familien in noch größere Not stürzen. Weder berührt es die Gründe, die Kinder veranlassen zu

arbeiten, noch respektiert es deren Willen, ihren Familien beizustehen. Ein generelles Verbot versetzt die Kinder, die weiter einer Arbeit nachgehen müssen, in eine Situation der Illegalität, macht sie rechtlos und wehrloser.

Hier eine Regelung zu finden, die gut ist, wäre dienlich. Aber das ist es nicht. Wenn wir generell Kinderarbeit verbieten, so wie das Unicef u. a. ablehnen, werden diese Kinder gezwungen Betteln zu gehen, zu stehlen und sich zu prostituieren. Hier sollte man zu allererst ansetzen. Man müsse Unternehmen bestrafen, die Kinderarbeit zulassen und in Kinderarbeit hergestellte Waren anbieten, aber nicht die Kinder und deren Familien. Es ist sinnvoll, Umstrukturierungsmaßnahmen zu unterstützen. Jedes Hilfsprojekt für Kinder müsse von umfangreichen Sozial- und Bildungsmaßnahmen begleitet werden. Wir selbst können auch ein Stück dazu beitragen, indem wir fair gehandelte Waren kaufen, betonte Frau Andrich und fragte, haben wir das schon immer, oder tun wir das schon immer. Sie denke dabei an Kaffee, Kakao, Bekleidung, aber auch an Spielzeug. Hier denke sie an den Fußball. Die Fußbälle werden zum größten Teil durch Kinderarbeit gefertigt, was nicht immer nachvollziehbar sei. Wenn wir Waren mit dem Fair-Trade-Siegel kaufen, sage das aus, dass der gezahlte Mehrpreis für diese Produkte die oftmals sehr schwierige Lebenslage der beteiligten Menschen verbessern. So hoffe man, es hier und mit dem angestrebten Antrag zu erreichen. Der Antrag von Frau Lohde gehe nicht weit genug. Ebenso der von der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, weil er nicht die Ursachen der Kinderarbeit beseitigt und damit nicht die gewünschte Wirkung erreicht werden kann. Die Fraktion stimme dennoch dem Änderungsantrag von Herrn Giese-Rehm zu, weil Kinderarbeit verboten werden muss.

Frau Lohde brachte ihre Freude über die Entwicklung in den letzten 4 Wochen zum Ausdruck. Man rede nicht über das Verbot von Kinderarbeit, da man das gar nicht verbieten könne, weil es in Länder geschehe, auf die man keinen Einfluss habe. Es sei so, wie von Frau Andrich vorgetragen, dass man die Produkte aus der Kinderarbeit ablehnt. Es sei ein Anreiz, wenn die Stadt die Produkte nachfragt, die einen Siegel haben, die nachweislich zertifiziert sind und die fair gehandelt sind, um damit die Lebensbedingungen und die Einnahmemöglichkeiten dort in diesen Ländern zu verbessern. Ein Verbot von Kinderarbeit könne also maximal in Deutschland beschlossen werden.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner, brachte den Antrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen als Alternativantrag zur Abstimmung. Dieser wurde mehrheitlich angenommen und ersetzt den von Frau Lohde eingebrachten Ursprungsantrag. Die Beschlussvorlage wurde in geänderter Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:06

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde nach Herstellung der Öffentlichkeit beendet.

Dessau-Roßlau, 29.06.23

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführer